



---

## **Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag am 8.3.2018**

### **Johannes Schraps (MdB): Gleichstellung: Dem Fortschritt auf die Sprünge helfen**

---

Datum: 06.03.2018

Der Internationale Frauentag am 8. März steht in diesem Jahr unter dem Zeichen „Press for Progress“. Das Weltwirtschaftsforum hat im vergangenen Jahr in seinem Global Gender Report errechnet, dass es unter den jetzigen Umständen noch 100 Jahre dauern wird, bis die Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist. „Damit der Fortschritt an Fahrt aufnimmt, müssen wir auf die Tube drücken - auch in Deutschland. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass zahlreiche gleichstellungspolitische Verbesserungen im Koalitionsvertrag verankert wurden.“, bekräftigt der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps aus dem Weserbergland.

So wird das Recht auf befristete Teilzeit bald Gesetz: „Für die Gleichstellung der Geschlechter ist das ein Riesenschritt: Frauen und Männer haben endlich die Möglichkeit, nach einer Teilzeitphase wieder auf die vorherige Arbeitszeit aufzustocken – und nicht länger in der Teilzeitfalle stecken zu bleiben“, so Schraps weiter.

Einen besonderen Schwerpunkt wollen die künftigen Koalitionspartner auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen setzen. Wir werden diese Frauen stärken, indem wir ihnen den sicheren und geschützten Weg aus der Gewaltspirale ermöglichen: mit einem Aktionsprogramm zur Prävention von Gewalt, der Verbesserung des Hilfesystems und einer gesicherten Finanzierung von Frauenhäusern.

Vor fast 100 Jahren haben Frauen das erste Mal gewählt und konnten gewählt werden. Sie selbst waren es, die für ihr selbstverständliches Recht auf die Straße gegangen sind und diesen bahnbrechenden Erfolg als ihren eigenen feiern konnten. Doch heute, fast ein Jahrhundert später, sind Frauen noch immer nicht angemessen in den Parlamenten beteiligt. Der Anteil von Frauen im Bundestag ist seit der jüngsten Bundestagswahl sogar gesunken: Von zuletzt 36,5 Prozent auf nunmehr 30 Prozent. „Das ist eindeutig zu wenig“, sagt Schraps, und betont: „Es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass im Bundestag, im Europaparlament und in den Kommunalparlamenten Frauen zur Hälfte das Sagen haben. Um diese Misstände 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts zu beenden, müssen wir jetzt handeln“, so Schraps.